

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22

Mittwoch, den 27. Januar 1904

11. Jahrg.

Siehe ein Bild

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 26. Januar 1904.

18. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratspräsident Graf Posadowsky, Frhr. v. Stengel.

Die zweite Lesung des Etats beginnt mit dem Etat des Reichstags. Dazu liegt vor eine Resolution Dr. Sattler (N.) auf Gewährung von Anwesenheitsgeldern für die Abgeordneten.

Dr. Baasche (N.): Unsere Resolution entspricht wiederholten Forderungen des Reichstags. Leider hat der Bundesrat diese noch immer nicht erfüllt. Der Bundesrat aber ist ebenso sehr auf uns angewiesen, wie wir auf ihn. (Beifall.)

Dr. Herber (Z.): Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, nicht nur die Bundesratsmitglieder, sondern auch wir. (Beifall und Zustimmung.) Der Reichstagspräsident hat sich bereit erklärt, Diäten zu befürworten. Ist er denn so einflusslos im Bundesrat? Alle süddeutschen Staaten sind für Diäten, aber Preußen ist das Hindernis. Das ist keine Reichspolitik, sondern eine preussisch-partikularistische Politik. (Beif. Zustimmung im Centr.)

Dr. F. K. (S.): Auch wir treten für die Resolution ein, obgleich wir auch ohne Diäten wählen und gedeihen. Unser Weizen wird weiter blühen wie bisher, mit oder ohne Diäten. Am liebsten hätten wir jedes Jahr einen neuen Wahlkampf. (Beif. Zustimmung bei den Soz.) Nebenher regt die Verbesserung der Löhne der diätarisch angestellten Hausbeamten und Zahlung der Hälfte des Tagelohnes während der reichstagslosen Zeit an sie an. Die Presse klagt noch immer über die mangelhafte Beleuchtung ihrer Arbeitsplätze und über ungenügende Einrichtungen in den zu engen Telephonzellen.

Präsident Graf Ballestrem: Solche Anregungen sind mir immer willkommen; die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt, können aber den einzelnen Abgeordneten nicht so lebhaft vor Augen stehen wie mir, der ich täglich damit zu tun habe.

Dr. Gamp (N.): Ich spreche gegen die Gewährung von Wartegeld an die Diener während der reichstagslosen Zeit aus. Mit der Gewährung von Diäten bin ich und ein Teil meiner Freunde nicht einverstanden; eine solche Verfassungsänderung müsste weitere Verfassungsänderungen provozieren. Je mehr Kandidaten vorhanden sind, desto weniger kommt der Wille des Volkes zum Ausdruck. So haben wir Konservativen für Herrn Schrader stimmen müssen. (Große Heiterkeit rechts.) Herr Dr. Baasche sprach davon, dass man seine Karriere dem Mandat opfere; sehr häufig ist das Gegenteil der Fall. Nicht die Diätenlosigkeit, sondern die unfruchtbarsten Debatten bewirken die Beschlußfähigkeit des Hauses. Angenehm kann es doch keinem von Ihnen sein, sich selbst Diäten zu bewilligen. (Ob- und Unruhe.)

Dr. Wolff (Sd.) tritt für Anwesenheitsgelder ein. Jetzt würde den Süddeutschen die Mitarbeit erschwert.

v. Norman (K.) verzichtet darauf, die Gründe darzulegen, die gegen die Gewährung von Diäten sprechen. Die Mehrheit seiner Partei sei gegen den Antrag, dagegen für Gewährung von Fahrtarten.

Schrader (Sd.): Der Diätenresolution stimmen wir selbstverständlich zu. Die sozialdemokratische Fraktion zählt ihren Mitgliedern Parteidiäten. Würden Reichsdiäten eingeführt, so würden die sozialdemokratischen Abgeordneten unabhängiger von ihrer Fraktionsleitung werden; das könnte uns nur erwünscht sein. Warum sät Graf Bälou nicht endlich den Wünschen des Reichstags? Im Abgeordnetenhaus hat er doch jüngst seinen Konstitutionalismus gerühmt: ist der Reichstagspräsident nicht ebenso konstitutionell wie der Herr Ministerpräsident? (Beif. Zustimmung.) Nebenher bestreitet, seine Wahl der konservativen Partei zu schulden und lehnt jede Dankbarkeit ab.

Dr. Müller-Meinigen (Sd.): Es ist geradezu widerwärtig, dass wir uns noch immer mit dem Diätenantrag beschäftigen. Der sonst so liebenswürdige Graf Posadowsky schweigt heute ganz, er weiß schon, warum. Herr Gamp widerpricht den Diäten. Mag er sich doch mit seinem Parteifreund Kardorff auseinandersetzen, der in dem bekannten Brief erklärt hat, er habe sich nur deshalb an industriellen Gründungen beteiligen müssen, um ohne Vermögensverlust seine parlamentarische Tätigkeit wahrnehmen zu können. Wir sind dem Bundesrat gleichgestellt und es entspricht nicht unserer Würde, bei ihm den Supplikanten zu spielen. Der Reichstagspräsident hat im Abgeordnetenhaus erklärt, er wolle mit der Mehrheit zusammenarbeiten; warum denn immer im mittelalterlichen Abgeordnetenhaus und nicht im Reichstag? Aber Graf Bälou ist kein Konsequenzenmacher. (Sehr gut.)

Dr. Sabetum (Sd.): Die Beleuchtung in den Schreibzimmern der Abgeordneten, die Zahl der Schreibhelfer wie der Sprechzimmer ist durchaus ungenügend. Die wenigen vorhandenen Sprechzimmer sind von einzelnen Kollegen okkupiert, sodass man nirgends ungestört arbeiten kann. — Der Restaurationsbetrieb müsste wenigstens auf die Zeit der Fraktions- und Kommissionssitzungen ausgedehnt werden, wenn man nicht schon mit der Pfennighaushalt, der unwürdigen Erntegeldbewirtschaftung des Restaurationsbetriebes aufräumen und den Abgeordneten

weiter anderweitig ein freies Buffet zur Verfügung stellen will. Graf Posadowsky hat die Abgeordneten kürzlich aufgefordert, Beamtenwohnhäuser zu bestreiten. Warum werden nicht die alten Freikarten für die Abgeordneten wieder eingeführt? Unsere Agitationsreisen werden Sie durch ihre Verweigerung auch nicht verhindern. Auf der Tribüne dieses Hauses hat das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ einen 50 Pfennig-Bazar errichtet, in dem es Berichte und Entwürfe über die Reichstagsverhandlungen von 50 Pfg. an, über Kommissionsberatungen schon für 25 Pfg. bis zu 1 Mk. liefert. Es wäre ja an sich Sache der Presse, sich gegen solche Konkurrenz zu wehren, wenn nicht das „W. V.“, das zur Regierung außerordentlich enge Beziehungen unterhält, die Herren von den Regierungsparteien und am allerbesten Graf Bälou selbst immer mit der Gloriole des Siegers umgibt. Das steht dann in allen Kreisblättern. Das steht auf dem Niveau der Verbreitung Bälou'scher Reden durch die „Wolffsche Hofbuchhandlung und ähnlicher Donquixotarien. Es ist nötig, dass das öffentlich gekennzeichnet wird. (Beif. Beifall h. d. Soziald.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Nur die verbündeten Regierungen, nicht Preußen, sind für die Beschlüsse des Bundesrats verantwortlich, der als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung auch in der Diätenfrage das Recht hat, Beschlüsse des Reichstags abzulehnen. Nach habe sich im Bundesrat eine sichere Mehrheit für die Einführung von Diäten nicht gefunden. Freikarten für Informationsreisen werden mir gern bewilligen.

Dr. Spahn (S.): Die Diätenlosigkeit schadet nur den bürgerlichen Parteien; die durch sie veranlassten Doppelmandate wirken sehr ungünstig auf die Beschlußfähigkeit des Reichstags. Nur durch Preußens Stimmen wird die notwendige Verfassungsänderung verhindert, so schädigt Preußen geradezu das Reich. (Sehr richtig!) — Im Reichstage selbst wünschen wir eine größere Zahl von Arbeitsstimmern und eine bessere Befolgung der Unterbeamten, wenn es ihnen auch nicht allzu schlecht geht.

Gothein (Sd.): In der Diätenfrage handelt es sich um einen Kampf Preußens gegen das ganze übrige Reich und den Reichstag. (Sehr richtig! links.) Dabei fehlt es an jeder Konsequenz. Ich besitze noch die Aufforderung der Regierung, mir Diäten auszahlen zu lassen für meine Tätigkeit in der Zolltarifkommission. Wir haben das Geld nicht genommen, denn bei einer Gelegenheit, wo dem ganzen Volke Lasten auferlegt werden, dürfen nicht Vorteile herauspringen für den Einzelnen. (Unruhe rechts.)

Dr. Arendt (N.) tritt für die Bewilligung der Diäten ein. Dafür müsste der Reichstag aber seine Geschäftsordnung dahin ändern, daß der einzelne Abgeordnete nicht mehr das Recht hat, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bezweifeln, die geltende Bestimmung hat zum Terrorismus der Minorität geführt. (Lachen links.) Unwirdig aber ist es, die Diäten auf einer Abänderung des Wahlrechts zu erlassen zu wollen. Dagegen müsste im Sinne unseres Antrags für eine größere Sicherung des Wahlrechts vor Betrügereien, mehrfachen Wahlen usw. gesorgt werden, bevor von Diäten die Rede sein kann. (Sehr richtig! rechts.) Die Diäten würden der Sozialdemokratie bedeutend Abbruch tun. Es würden mehr Arbeiter und weniger Akademiker gewählt werden, und das wäre nur unser Vorteil. (Lachen h. d. Soz.)

Dr. Bagig (N.): Wir haben heute vom Regierungssitz eine Erklärung gehört, aus der das Wort herausklang: Kleine Gesandte erhalten die Freundschaft. Aber mit kleinen Maßregeln ist hier nichts getan. Nur Diäten können bewirken, daß die Geschäfte des Hauses nicht stocken. (Bravo! h. d. Soziald.)

Dr. David (Sd.): Die von den Diätengegnern vorgebrachten Gründe laufen daraus hinaus, daß die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten ein Privilegium des Besitzes sei. Wer sich die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten aus Mangel an Mitteln nicht leisten kann, dem raten Sie, den Weg des Herrn v. Kardorff zu gehen. Aber diese Verbindung von parlamentarischer Tätigkeit mit Aufsichtsratsstätigkeit erregt die schwersten Bedenken, gegenüber denen die gegen die Diäten vorgebrachten Bedenken federleicht wiegen. Dr. Arendt ist für Diäten, läßt aber im Hintergrund Kompensationen aufmarschieren. Für irgend welche Kompensationen, sei es Verschlechterung des Wahlrechts, sei es Verschlechterung der Geschäftsordnung, ist die Sozialdemokratie nicht zu haben, dafür wird sie keine Diäten einiauschen. (Beif. Zustimmung h. d. Soz.) Für Sicherungsmahregeln gegen Verlesungen des Wahlheimnisses werden wir stets eintreten. Wenn es den Herren so lieb ist, daß weniger Akademiker und mehr Arbeiter in den Reichstag kommen, gut, dann brauchen die Konservativen ja nur Landarbeiter und Industriearbeiter aufzustellen. (Beif. Zustimmung bei den Soz.) Scheiden Sie uns nur Arbeiter so viel Sie wollen, je mehr, desto lieber ist es uns. (Zustimmung bei den Soz.) Die Regierung will die Diäten nicht. Es handelt sich hier um eine Machfrage zwischen ihr und dem Reichstag. Mögen die Mehrheitsparteien doch einmal Ernst machen, sonst bleibt alles leeres Gerede. (Beif. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Berner (Antif.): Wenn man uns fortgesetzt die Bezahlung für unsere Arbeit verweigert, können wir auch ja einmal dem Herrn Staatssekretär das Gehalt verweigern.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Nationalliberalen wird, soweit sie freie Fahrt auf den Eisenbahnen im ganzen Reich während der Session und acht Tage vor und nach jeder Session fordert, einstimmig, soweit sie Diäten verlangt, gegen die Stimmen der

Mehrheit der Konservativen und der Minderheit der Reichspartei angenommen.

Der Etat des Reichstags wird bewilligt. Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern.

Bei Titel 1: „Staatssekretär“ soll sich auf Vorschlag des Präsidenten die Generaldebatte auf alle Fragen erstrecken, die in den zahlreich vorliegenden Resolutionen nicht berührt werden. Nachher sollen diese Resolutionen in Gruppen vereinigt zur Debatte gestellt werden.

Trimborn (S.): Auch das vergangene Jahr war reich an sozialpolitischen Maßnahmen. Aus den Versicherungsgelesen sind im Jahre 1903 434 Millionen gezahlt worden, 1.200.000 Mk. täglich. Davon haben die Arbeiter 182 Millionen, das Reich und die Unternehmer 251 Millionen Mark ausgebracht. Wir sehen in diesen Zuwendungen nicht Wohlthaten für die Arbeiter, sondern die Erfüllung ihrer naturrechtlichen Ansprüche. Besonders wichtig war die Verabschiedung der Krankenkassen-Novelle. Leider ist dem Reichstag dabei ein Versehen passiert, das die Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung an die Ehefrauen von Kassenmitgliedern unmöglich macht. Das muß ausgebessert werden. Dringend erforderlich ist die gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten. In Köln ist ein sehr bedauernter Streik der Ärzte ausgebrochen; ähnliches steht in Leipzig bevor. Wir können nur beiden Teilen zum Frieden raten. Uns erscheint die freie Arztwahl als das erstrebenswerte Ideal unter der Voraussetzung einer scharfen Kontrolle der Ärzte durch die Ärzte selbst und der Schaffung einer Berufungskommission zwischen Ärzten und Kassen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kassen die Ärzte nach ihrer Tüchtigkeit und nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit auswählen. Wie steht es mit der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter? Die Lösung der Frage, ob sich die drei Versicherungsarten nicht zusammenlegen lassen, kann neu angebahnt werden durch die Schaffung einer lokalen Anstalt, von der aus die Geschäfte der drei Versicherungen besorgt werden. Ein Gesetz großen Stils ist das Kinderzuschlaggesetz. Damit sind wir allen anderen Nationen vorangeschritten. Wie steht es mit der Zusammenstellung aller gesundheitsgefährlichen Betriebe und der dafür erlassenen Schutzvorschriften? Möge der Bundesrat noch intensiver sein Verordnungsrecht zu Gunsten der Arbeiter anwenden. Im Jahre 1903 ist nichts erreicht worden für den Ausbau des Koalitionsrechts, für ein freierliches Vereinsrecht, für die Anerkennung der Reichsfähigkeit der Berufsvereine und für die Errichtung von Arbeiterkammern. Ueber den Streik in Krimmischau kann man jetzt um so ruhiger reden, als er beendet ist. Dieser Streik hat die Frage des Jehtstundentages in grelle Beleuchtung gerückt. Die Frage muß einheitlich geregelt werden, haben doch die Industriellen dort den Jehtstundentag der Konkurrenz wegen abgelehnt. Wäre auch nur nach unserm Antrag der jehtständige Maximalarbeitsstag für Arbeiterinnen statt des elftündigen durchgeführt gewesen, so hätte uns das Skandalität des Krimmischauer Streiks erspart. Unsere Eindrücke von diesem Streik sind folgende: Wenn auch Ausföhrungen auf Seiten der Arbeiter vorgekommen sind, so doch nicht solche, daß sich das absolute Versammlungsverbot rechtfertigen ließe. (Hört! Hört! h. d. Sozialdemokraten.) Auch nach dem Sieg der Arbeitgeber bleibt für uns der peinliche Eindruck bestehen, daß die Arbeitgeber schiefschlichterliche Verhandlungen abgelehnt haben, während die Arbeiter stets dazu bereit waren. Das Nichtvorhandensein von Arbeiterkammern hat sich als ein besonderer Mangel erwiesen. Auch bei diesem Streik ist Sozialpolitik und Gewerkschaftspolitik mißbraucht worden durch Verquickung mit der sozialdemokratischen Partei. Statt ruhig und nüchtern auf gewerkschaftlichem Boden zu bleiben, gestaltete man den Streik immer mehr zu einer Machprobe der Sozialdemokratie. (Beif. Zustimmung im Centrum und rechts. Laute Rufe: Nein! h. d. Sozialdemokraten.) Die Reaktion ist denn auch nicht ausgeblieben, sie bestand in einer Verdröberung der Arbeitgeber, wie wir sie so geschlossen noch nie erlebt haben. Es ist bedauerlich, daß die Regierung nicht mit einem sozialpolitischen Programm in die Wahlen eingetreten ist. Die Wahlen haben ein starkes Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen ergeben trotz aller sozialpolitischen Maßnahmen. Die Schachmacher folgern daraus die Notwendigkeit, die bisherige Sozialpolitik aufzugeben und verlangen Ausnahmefetze gegen die Sozialdemokratie. Demgegenüber freuen wir uns über die feierliche Zusage der Thronrede, daß die Sozialpolitik im Sinne der Februar-Erlasse weitergeführt werden soll. Mögen die gestrigen Schachmacher uns jeden Nachrost ersparen. (Bravo! im Centrum.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter muß bis zur allgemeinen Revision des Krankenversicherungsgesetzes vertagt werden. Jetzt bestehen Differenzen zwischen dem preussischen Handelsminister und dem Reichsamt über die Frage, bei welcher Klasse die Hausindustriellen zu versichern sind. Vorbedingung für die Zusammenlegung der drei Versicherungen ist ein eigener selbständiger Unterbau. Die Erreichung dieses Zielles liegt noch recht fern. Vorher muß auch entschieden werden, ob die Krankenversicherung auch auf Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt werden soll, und ob und in welchem Umfang die Wöchnerinnenversicherung durchgeführt werden soll. Erst müssen wir also einen Abschluß haben, bevor wir einen einheitlichen Rahmen schaffen können. Was die Enquete über die Handwerkerorganisationen anlangt, so haben wir bereits die Fragebogen für freie

Arbeiter angenommen. Die Enquete über die Handwerkerorganisationen anlangt, so haben wir bereits die Fragebogen für freie



Der Beratung des Justizrats zu einem Zwischenfall. Gewisse Segig begann den konfliktierten Artikel des „Simultanklausur“ wörtlich zu verlesen. Ueber die Zulässigkeit dieser Verlesung entstand nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte, während welcher die Liberalen und die sozialistischen Mitglieder für die Zulässigkeit der Verlesung eintraten, da die Geschäftsordnung kein hierauf bezügelndes Verbot enthalte, die Mitglieder des Zentrums und der Präsidium dagegen die Verlesung für unzulässig hielten. Schließlich wurde über diese Frage namentlich abgestimmt, wobei sich die Geschäftsordnungsabteilung des Hauses herausstellte.

**Zum Kölner Krankenkassen- und Arztelastik** wird gemeldet: In Verfolg der an die Krankenkassen gerichteten Verfügung des Regierungspräsidenten, innerhalb 24 Stunden weitere 30 Ärzte anzustellen, sowie des Verbot an die Krankenkassenvorstände, weitere Verträge mit Ärzten abzuschließen, fand eine Versammlung der Vorsitzenden sowie der Delegierten der Krankenkassenverband angeschlossenen Krankenkassen statt, worin aufs lebhafteste bedauert wurde, daß die Regierung zugunsten der Ärzte und zum Nachteil der betreffenden Klassen Stellung nehme. An den Minister des Innern, den Minister für Handel und Gewerbe sowie an das Reichsamt des Innern wurden Depeschen abgesandt mit der Anfrage, ob die Stellungnahme der Kölner Regierung gesetzlich zulässig sei. Außerdem fuhr sofort eine Deputation nach Berlin, um dem Minister des Innern über die Vorgänge Bericht zu erstatten, sowie gegen die Beeinträchtigung der gesetzlich gewährleisteten Selbstverwaltung der Krankenkassen auf das energischste zu protestieren. — Auch in Bonn ist nunmehr ein Streit mit den Ärzten ausgebrochen, da die Krankenkassen der drei größten Werke, Mehlerei, Porzellanfabrik, Zuckerspinnerei und Seemanns Fabrik, auf die freie Arztwahl nicht eingegangen sind und auswärtige Ärzte angestellt haben. Den betreffenden Kassenmitgliedern und ihren Angehörigen versagen, von dringenden Fällen abgesehen, die dortigen Ärzte ihre Hilfe.

**Ein neuer Duellmord.** Aus Chemnitz melden die Blätter: Nach dreimaligem Ringelwechsel bei 15 Schritten Distanz wurde Leutnant Schubert vom 12. Sächsischen Infanterie-Regiment Nr. 177 durch einen Schuß in die Brust getötet. Von der Militärbehörde ist die Untersuchung sofort eingeleitet worden. Ueber den Anlaß des Duells wird seitens der Beteiligten strengstes Stillschweigen bewahrt. — Solange nicht die Duellvergehen nach Gesetz und Recht gestraft werden, wird es unmöglich sein, sie anzurotten.

**Der Aufstand der Hereros.** Aus Südwest-Afrika kommen neue Hiobsposten. Der Kommandant des Schiffes „Habicht“ telegraphierte aus Swatopmund: „Sah noch immer unterbrochen, hinter Karibib wieder durch Regen zerstört. Zug Sonntag nur bis Kilometer 209.“ Aus Windhuk ist folgende Meldung vom 17. Januar eingegangen: „Schutztruppe (verstümmelt) meldet durch Kaffenboten zu Fuß am 17. nach Dhimbingwe Kubas folgendes: Windhuk dauernd bedroht und ist stark besetzt. Durch Landsturm und Einstellung sämtlicher Pflichten und Buren Garnison auf 230 Mann gebracht, zum Teil veritten. Zweite Kompanie ist auf dem Marsch nach hier vom Süden. Gebrüderschütz von Rehoboth zurückgefordert, hier außerdem 2 Maschinengewehre. Von Okavandja hier in Windhuk keinerlei Nachricht seit 12. Mit großem Verlust sind Entsatzversuche gescheitert. Patrouillen vorhin sämtlich zurückgeschlagen. Am 15. erfolgtes Erkundigungs-gesuch bei Farm „Hoffnung“ Befähigter Verlust: gefallen: Reserveoffizier Bohlen, Unteroffizier Pasch, Rekrut Weiß, Landwehrmann Buelot (Worte verstümmelt) Rudolf, Rekrut Wechsel, Gerninski, Lokomotivführer Lafert. Ermordet Anstebler Engbarth, Koczarski, Taufendfreund mit 2 Kindern, Pilet und 2 Frauen, (Wort verstümmelt) Stueber, viele verwundet. Sweden ist gemeldet 5 Häuser Hereros sind auf dem Marsch nach Windhuk. geg. Tschow.“ — Diese ersten direkten offiziellen Nachrichten über die Lage in Windhuk und namentlich in Okavandja klingen recht bedenklich. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Nachrichten bereits über acht Tage alt sind. Eine Depesche des „Reuterschen Bureaus“ aus Swatopmund vom Sonnabend hatte gemeldet, daß nach der Aussage eines eingeborenen Boten Okavandja zwar belagert werde, daß sich aber der Oberleutnant v. Bülow mit seiner Kolonne und der bisherigen Besatzung in harter Stellung befinden. Hoffentlich befehligt sich nächstens diese Meldung.

**Eine Majestätsbeleidigung in der Krupp-Affäre.** Die Strafkammer in Hirschberg verurteilt, nach dem „Berl. Tgl.“, den Täter Feistel wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch Reden anlässlich der Krupp-Affäre, zu sieben Monaten Gefängnis.

**Kleine politische Nachrichten.** Eine Versammlung der händlerischen Vertrauensmänner im Reichstagswahlkreis Schwesig-Schmalalden-Wisenhausen beschloß bei der am 1. März stattfindenden Ersatzwahl den von der deutsch-sozialen (antifemistischen) Partei aufgestellten Kandidaten Porzellanmaler Kaab-Hamburg zu unterstützen. — Herzog Friedrich von Anhalt ist, wie nach den letzten Nachrichten zu erwarten war, bereits Sonntag Abend auf Schloss Ballenstedt gestorben. Die Landbestrauer dauert hier Lage. Die Beisetzung erfolgt am Sonnabend in Dessau. Der verstorbene Herzog hatte die Regierung des Herzogtums Anhalt-Despau am 21. Mai 1871 von seinem Vater, dem Herzog Leopold, übernommen; er ist jetzt auf seinen Sohn, den im Jahre 1866 geborenen nunmehrigen (inhaberlichen) Herzog Friedrich übergegangen. — Der frühere völksparteiliche Reichstagsabgeordnete, Kommerzienrat G. H. ist in Stuttgart gestorben. — Das Kriegsgericht der 23. Division in Dresden verurteilte den Rittmeister v. Puffel, der mit dem bekannten Schriftsteller Georg von Dampsta wegen Beleidigungen zu dessen Frau ein Pistolenduell hatte, zu fünf Monaten Festung. — Das Landgericht in Berlin verurteilte den Redakteur des Berliner Polenblattes „Dziennik Berlinski“, namens G. wegen Beleidigung des Reichshofmarschalls Schönbach zu sechs Monaten Gefängnis, wobei sich die Beleidigung auf 150 Mark Geldstrafe. — Ueber ein Katzen-drama wird aus Wiesbaden berichtet: Als Sonntag morgen die zweite Kompanie des Regiments Nr. 80 zum Appell ausrückte, stürzte sich ein Rekrut aus dem Transport ins Saarett. Er soll an Schwere gelitten haben. Jedenfalls hat es ihm in der „Ferienzone“ ber-

lich schlecht gefallen. — Bei der Ersatzwahl zur französischen Deputiertenkammer in Remiremont für Meline wurde der nationalistische Kandidat Flayelle gegen den Republikaner gewählt. — Oberst Lynch, der als Führer der irischen Brigade im südafrikanischen Kriege auf der Burenseite kämpfte und deshalb vor genau einem Jahre zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden war, ist Sonntag, wie aus London gemeldet wird, in Freiheit gesetzt worden. — Eine vom East Africa Syndicate ausgesandte Schärfer-Expedition wurde beim Rudolf-See (Britisch-Südafrika) durch Leute vom Stamm der Turkhana überfallen. Mehrere Weiße wurden dabei verwundet. — Nachrichten aus Montevideo besagen, daß die Aufständischen in Uruguay unter Saraiwa bei den letzten Kämpfen 500 Tote und Verwundete hatten, während die Verluste der Regierungstruppen angeblich nur 60 Mann betragen. Das Heer der Aufständischen sei nicht stärker als 4600 Mann, und Saraiwa sei bemüht, die brasilianische Grenze zu gewinnen.

### Rußland.

**Die Schule im Dienste gegen die Freiheit.** Daß nicht bloß die russischen Universitäten Siege revolutionärer Gesinnung sind, beweist folgender Erlaß, der sich gegen die politischen Agitationen unter den Zöglingen russischer Schulen richtet. Er ist datiert vom 13. Mai 1903, und geht vom Direktor der öffentlichen Schulen im Bezirk Saratow, Karpoff, aus. Das Zirkular ist an die Schulvorsteher gerichtet und lautet nach der „L. Volksztg.“: „In einer der städtischen Schulen ist es vorgekommen, daß eine Anzahl Schüler an die Schulgebäude und Einsiedlungen Inschriften der Art angebracht haben, wie: Nieder mit dem Despotismus! Es lebe die politische Freiheit! etc. zusammen mit beschimpfenden Bemerkungen gegen Se. Majestät den Kaiser; daß sie ferner unerlaubte Vektüre trieben, die sie von Personen erhielten, die in der Stadt unter Polizeiaufsicht stehen; daß sie schließlich sogar, ohne Wissen ihrer Lehrer, sich unter Anleitung jener Personen zum Examen vorbereiteten, mit der Absicht, Zulassung zu den anderen Erziehungsanstalten zu gewinnen oder Anstellung als Lehrer an öffentlichen Schulen zu erhalten. Diese Vorfälle beweisen zur Evidenz, daß die Anstalt, an der die Dinge vorkommen, ihre Aufgabe als Schule nicht erfüllt hat, und daß der in Frage kommende Lehrer sowie das gesamte Lehrerkollegium in erzieherischer Hinsicht nicht in einem genügend engen Kontakt mit ihren Schülern stehen, um im stande zu sein, diese vor irdigen und verbrecherischen Ideen zu bewahren und sie so den gefährlichen Einflüssen außerhalb der Anstalt zu entziehen.“ Herr Karpoff macht es bei dieser Lage der Dinge den ihm unterstellten Lehrern zur Pflicht, sich genau mit der Lebensweise der Schüler vertraut zu machen und speziell diejenigen gut zu überwachen, die der Kontrolle ihrer Eltern und Verwandten entzückt, in Pridaillotien wohnen. Die alberne Angst vor der Auslieferung der Köpfe bringt die russische Regierung also bereits dahin, den Lehrern die Bespitzelung ihrer Schüler zu befehlen.

### Japan.

**Staatliches Tabakmonopol.** Der japanische Staat besitzt bereits das Monopol für den Handel mit Tabakblättern, er beabsichtigt auch, sich das Monopol auf Tabakverarbeitung (Zigaretten, Zigarren) zu sichern. Der „Sozialist“ ist für das Staatsmonopol, da die Konkurrenz die Arbeitslöhne für die Tabakarbeiter in unerhörter Weise herabdrückt. Demnach hofft das Organ der Sozialisten Japans vom Staatsmonopol eine Besserung.

### Ostasien.

**Zur Lage.** Nach einer Reuters-Meldung aus Tokio wurde am Sonnabend der japanische Dolmetscher des russischen Militär-Attaches namens Takasima unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Er soll in Yokohama abgeurteilt werden. Eine Anzahl anderer Personen steht unter dem gleichen Verdacht. — Einer Zeitung in Port Arthur zufolge begab sich der chinesische General Ma an der Spitze von 20 Regimentern nach Schanhaiwan, um die strategischen Punkte an der Grenze der Provinz Tschili zu besetzen. — Ueber Ausschreitungen von Russen gegen Japaner in Bladiwostok, die allerdings schon mehr als 14 Tage zurückliegen, wird der „Times“ aus Tokio berichtet: Briefliche Berichte aus Bladiwostok besagen, eine dort am 9. Januar gelandete russische Seejoldaten-Abteilung habe große Ausschreitungen gegen die japanischen Einwohner verübt; sie hätten 24 Häuser zerstört, gegen Frauen, Kinder und Greise Gewalttätigkeiten begangen. Die Soldaten hätten in dieser Weise 20 Stunden lang getobt; sie seien von Offizieren begleitet gewesen und auch von den Zivilbehörden nicht gehindert worden.

## Räuber und Nachbargebiete.

Dienstag, den 26. Januar 1904.

**Noch am Grabe pflanzt man die Hoffnung auf.** Der Ausgang des Neinstundenkampfes in Krummichau gibt dem Amtsblick Veranlassung, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß sich wieder ein regeres Interesse an politischen Vorgängen in weiteren bürgerlichen Schichten geltend mache und daß besonders das politische Vereinsleben davon bewahrt werde, in spießbürgerliche Vereinsmeierei zu verfallen. In schönen Worten beschwört der nationalliberale Streiter seine hiesigen Gesinnungsgenossen, ernst und zielbewußt zu arbeiten und gegen jede Verflachung unseres politischen Lebens entschieden Front zu machen. — Der Siebe Mühe ist vergebens. Die nationalliberale Partei ist, wie die letzten Reichstagswahlen zur Evidenz bewiesen haben, in Räuber bereits dem sicheren Untergang geweiht! Das sollte man nachgerade auch im Adreßhause einsehen!

**Der Beleidigung der Grobherzoglichen Regierung** zu Entia war der obdunburgische Landtagsabgeordnete Landmann Grimm aus Krummichau angeklagt und hatte sich wegen dieses „schweren Verbrechens“ gestern vor der Strafkammer I zu verantworten. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Neben einem der Krone gehörenden Gasthause am Meerestee besitzt Grimm eine Pension, in der er jedoch nur alkoholfreie Getränke ausschütten darf. Verschwiegen hat er um Erteilung der vollen Konzession nachgesucht und sich darauf berufen, daß der Verkehr dort ein sehr reger sei, so daß die Bedürfnisfrage bejaht werden müsse. Regelmäßig aber wurde kein Gesuch eingeleitet, trotzdem nach seiner Angabe anderweitig im Fährtenum Konzessionen erteilt wurden, obwohl kein Bedürfnis vorlag.

Schließlich wandte G. sich beschwerdeführend an das Ministerium, das eine Zeugenvernehmung anordnete. Auch vom Ministerium erfolgte Ablehnung. Am 30. Juni v. J. schrieb G. darauf einen Brief an die Regierung und einen gleichlautenden an das Ministerium in Oldenburg, in welchem er der Regierung den Vorwurf machte, sie sei bei der Vernehmung der Zeugen nicht gerecht und unparteiisch verfahren. Diese Klage wurde zugiebt, die Anklage sich. Der Staatsanwalt sprach dem Angeklagten den Schutz des § 193 ab und beantragte 50 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte demgemäß.

Zur erfolgreichen Prozeßführung gehören Beweise für die Klagebehauptungen. Als Beweise gelten Zeugen und Schriftstücke. Ist eine Vereinbarung ohne Gegenwart von Zeugen mündlich getroffen worden, so muß die behauptete Abrede eventuell beschworen werden. Arbeiter wie Arbeitgeber denken nun bei ihren Streitigkeiten vor dem Gewergericht oft nicht daran, von vornherein für Nachweise ihrer Behauptungen zu sorgen. Werden bei Einreichung der Klage dem Gewerbegericht die Zeugen sogleich benannt, so können diese vom Gericht vorgeladen resp. zum Verhandlungstermin mitgebracht werden, so daß, wenn auch der Gegner seine Zeugen mitgebracht hat, nach deren Anhörung meistens das Urteil gesprochen werden kann. Anders, wenn irgend eine Partei erst im Termine sich auf die Zeugen besinnt. Dann wird durch eigne Schuld der Beteiligten die Sache hinausgeschoben; es muß ein neuer Termin anberaumt werden, der dem Kläger wie dem Beklagten überflüssige Kosten, Lauferei, Zeit- und Arbeitsverlust und dem Gericht unnötige Mühe verursacht. Auch beweiskräftige Schriftstücke sollen nicht zu Hause gelassen, sondern in den Termin gebracht werden, wo sie dem Betreffenden zu seinem Gelde verhelfen.

**Ein Hilfsbandschuh** zu Gunsten der von dem schrecklichen Brandunglück in Malejund Heimgesuchten hat sich hier auch Mitgliedern des Senats, der Bürgerschaft und der Handelskammer gebildet.

**Beitragserstattung bei der Invalidenversicherung.** Gelegentlich der Besprechung der Interpellation, betr. die Zwangsversicherung der Handwerker, im Reichstage äußerte ein Abgeordneter, daß die Gesellen, die sich selbstständig machten, ihre Beiträge zur Invalidenversicherung zurückhielten. Der Herr irrte jedoch darin. Eine solche Rückzahlung findet nur statt: 1) an versicherte weibliche Personen bei der Verheiratung; 2) an Witwen und Waisen derjenigen Versicherten, die sterben, bevor sie eine Rente erhalten; 3) an einen Witwer, wenn wegen seiner Erwerbsunfähigkeit seine Ehefrau die Ernährerin der Familie gewesen ist; 4) an Personen, die eine Unfallrente beziehen, dagegen einen Anspruch auf Invalidenrente nicht haben. Der Anspruch geht stets auf Erstattung der Hälfte der gezahlten Beiträge. In den drei ersten Fällen müssen für mindestens 200 Wochen Beiträge geleistet sein, im vierten ist diese Beschränkung nicht festgesetzt. Also männliche Personen erhalten nichts zurück, wenn ihre Versicherungspflicht dadurch, daß sie selbstständig werden, aufhört.

**Wem gehören die Schularbeiten?** Das preussische Oberverwaltungsgericht hat anlässlich eines Konflikts zugunsten eines Schuldirektors ausgeschrieben, daß die von Schülern gelieferten Arbeiten zur Verfügung der Schule ständen und Lehrer und Schulleiter berechtigt seien, die Arbeiten im Interesse des Unterrichtes und der Erziehung zurückzuhalten, und zwar auch dann, wenn der Schüler von der Schule abgehe. Die Schule schulde den Eltern nur, die Ansicht der Arbeiten zu gestatten und ihnen die leeren Blätter zurückzugeben.

**Achtung, Zimmerer!** Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Holz- und Tiefbau, vorm. Gebr. Helmman, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

**Bibliothekar-Versammlung.** Die diesjährige Zusammenkunft der Bibliothekare nordwestdeutscher Bibliotheken und Volksbibliotheken findet Ende dieses Winters in Lübeck statt. Auf dem Programm sind vorgesehen: die Beschäftigung der Lübecker Öffentlichen Bücher- und Lesehalle, ein Vortrag über das Lübeckische Bibliothekswesen, ein Bericht über den gegenwärtigen Kampf zwischen Bücherhändlern und Wissenschaft und die Erörterung verschiedener anderer praktisch wichtiger Fragen. Bibliothekare und Vorstände der Volksbibliotheken, die an der Zusammenkunft teilzunehmen wünschen, werden gebeten, baldigst ihre Adresse an Herrn Dr. Ernst Schulze, Hamburg-Großhorsttel, oder an die Lübecker Öffentliche Bücher- und Lesehalle zu senden.

**Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.** Am Freitag findet der nächste Vortrag statt. Herr Bundesdeputierter v. Erling, ein äußerst gewandter Redner, spricht über das Thema: „Wunder- und Aberglauben in der Heilkunde.“ — Am 9. Februar findet das Stiftungsfest statt. Die Vorbereitungen versprechen wieder einen genussreichen Abend. Herr Kapellmeister Jettel, Herr Opernsänger Scholz, hiesig sehr wertgeschätzte Künstler, haben neben anderen Herrschaften ihre Mitwirkung zugesagt. Weitere Ankündigungen erfolgen demnächst.

**Zum gerichtlichen Verkauf** gelangt am 15. März das Weiler Krambuden Nr. 4 belegene Grundstück des K. U. Stave.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde das Dienstmädchen und der Hausdiener eines hiesigen Kaufmannes, die sich des Diebstahls an Waren zum Nachteil ihres Dienstherrn schuldig machten. Gleichzeitig wird sich ein Arbeiter-Ghepaar, welches die meisten der gestohlenen Gegenstände von den Dieben seines Vorteils wegen annahm, wegen Hehlerei zu verantworten haben.

pb. Einbruch. Einer am Langen Lohberg wohnhaften Witwe wurden in verloffener Nacht mittels Einbruchs gestohlen: Eine braunlackierte Kaffette mit 400 Mark Inhalt, darunter 25 Mark in Kupfermünzen, ein Sparkastensbuch des Stodoltdorfer Kreditvereins, lautend auf 800 Mark, belegt auf den Namen Frau Anna Metelsdorf, ein Sparkastensbuch des Lübecker Spar- und Vorschußvereins, lautend auf 300 Mark, belegt auf den Namen Martin Metelsdorf, zwei Sparkastensbücher derselben Sparkasse, lautend auf 400 und 200 Mark, belegt für Richard, begw. Martha Metelsdorf, ein Scheidbuch über belegte 300 Mark auf Girokonto bei derselben Sparkasse und ein Anteilschein der hiesigen Gewerbebank, auf 600 Mark lautend.

pb. Noch immer vermisst. Der seit mehreren Tagen vermisste Schlosserlehrling Johann Heinrich Joachim Storn, geb. am 24. Januar 1887 in Grynawiese, zuletzt in Gern bei seinem Stiefvater, dem Arbeiter Dechow wohnhaft gewesen, konnte bisher nicht ermittelt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Storn vor seinem Eintritt in die Schlosserlehre in der Landwirtschaft tätig war, daß er sich unter falschem Namen, vielleicht unter Dechow, bei einem Landmann in der Umgegend vermisst hat. Es wird gebeten, Sachdienliches dem Polizeiamte mitzuteilen.

**Travereunde.** Eine Rollensammlung, die von etwa 140 Personen besucht war, tagte gestern Abend bei Herrn G. Rabler, hiesig. Gemisse Wiffell-Räuber

referierte über die jüngsten Ereignisse in Deutschland und erzielte lebhaftesten Beifall.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Differenzen der Form in der Metallwarenfabrik von A. Fleck Edhne, Wollmannstraße 51/53 in Hamburg sind durch Vergleich beigelegt.

**Keine Chronik der Nachbargebiete.** Auf dem Rangierbahnhof Hamburg Süd ist ein Rangierer überfahren und getötet worden. — Das Kriegsgericht der 17. Division sprach den Unteroffizier Echl. vom Schweriner Grenadier-Regiment Nr. 89, der am 27. November v. J. im Schlossergarten verschiedene Personen mit dem Seitengewehr verletzt hatte, selbst aber auch eine Kopfwunde erlitten hatte, daß er erst tags darauf im Lazarett zur Befreiung kam, von der Anklage des Mißbrauchs der Waffe frei. Der Antrag des Verreters der Anklage lautete auf 3 Monate Gefängnis. Das Kriegsgericht hat angenommen, der Angeklagte sei so betrunken gewesen, daß derselbe für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden könne. Möchten diese Willkürsgründe doch auch ständig bei den gemeinen Soldaten Anwendung finden. — Die Strafkammer des Landgerichts in Schwerin verurteilte Sonnabend den Oberkellner eines Hotels in Wismar, der drei Gästen des Hotels statt 21 Glas Crog 43 auf die Rechnung setzte und sich dieselben auch bezahlen ließ, obgleich die Gäste ihm wiederholt erklärten, sie hätten Beweise, daß sie nur 21 Glas getrunken, zu acht Tagen Gefängnis. — In Lübtzhen spielte der 13jährige Fritz Biegler mit einem Jagdgewehr. Der Schuß ging los und traf den Knaben in den Oberschenkel. Der Schwerverletzte wurde ins St. Beihlehen nach Ludwigslust gebracht. — Segen das Urteil, das den oldenburgischen Justizminister Kuhstrat zu 20 Mt. Geldstrafe verurteilte, hat nun auch der beleidigte Medaiteur Hermann Berufung eingelegt. — Der Präsident des Oberlandesgerichts- und des Oberstufenrats Schomann ist Sonntag in Oldenburg gestorben. — Die Polizei verhaftete in Bremen sechs Falschmünzer, die teilweise geständig sind falsches Geld angefertigt und ausgegeben zu haben.

**Kiel.** Zum Doppelmord in Winterbed ist noch folgendes zu berichten: Wie die am Sonnabend vorgenommene ärztliche Untersuchung der Leichen ergab, ist die Tötung durch Dolchschläge erfolgt. Da der alte Mann einen Stich durch die eine Hand hatte, ist allem Anschein nach ein Kampf der Ermordung vorausgegangen. Nach eifrigem Nachsuchen fand man in der Wohnung in einer Zigarrenkiste unter Schmutzklappen für ca. 26000 Mark Hypothekenscheine, einige Sparassenscheine über insgesamt 4000 Mark und ca. 300 Mark bares Geld. Das anfangs vermischte Testament wurde später aufgefunden. Sehen wirgen ist der in der Klingstraße 18 wohnende Schwiegerjohn der Ermordeten, der Zähler Krahl, in Haft genommen worden.

**Schwerin.** Aus dem Leben der mecklenburgischen Lehrer-Sklaven. Wie die Ritterschaft die Erziehungsstätigkeit ihrer Lehrer bewertet, zeigt das Einkommen des ritterschaftlichen Lehrers in S., das sich

aus folgenden Positionen zusammensetzt: Freie Weide für eine Kuh, das Recht zur Benutzung der Gutsgehäuseweide, wofür auf je zehn Tiere ein Exemplar an den Gutshof abzuliefern ist, 32 Raummeter Holz, Wohnung im strohgedeckten Tagelöhnerhause, freie ärztliche Behandlung und freie Medizin, 120 Quadratrunder Acker- und 30 Quadratrunder Gartenland, 40 Scheffel Korn, 25 Prozent der Einnahmen aus dem herrschaftlichen Bienenstand, der zu verwalten ist, die Befugnis, Schweine- und Federvieh in beschränkter Zahl mästen und züchten zu dürfen und ein Bargeloh von 200 Mark. Ein Gesuch um Aufbesserung wurde ablehnend beschieden. — Mecklenburg-Strelitz leistet sich außer seinen Landesbesonderheiten die des marfenlebenden Lehrers: Da nämlich der ritterschaftliche Lehrer nicht pensionsberechtigt ist, so finden die Bestimmungen des Altersversicherungsgesetzes auf ihn Anwendung, und er muß daher leben. Dagegen ist der Dominiatlehrer von der Alterspflicht befreit; denn ihm winkt am Schluß seiner Amtstätigkeit eine Pension von — 48 Talern und mehreren Raummetern Holz. — Die Geislichen und die Lehrer in den Dominiatdörfern benutzen Stallräume, die von der großherzoglichen Rentei erbaut und erhalten werden. Die Ställe der Pastoren werden regelmäßig alle zwei Jahre weiß getüncht. Für diejenigen Stallungen, die Lehrervieh enthalten, ist ein weißes für unadig befunden worden. Das Pastorenvieh haust also in geweihten, das Lehrervieh in ungeweihten Ställen. Subordination muß sein.

### Sezte Nachrichten.

**Strimmitzhan.** Fabrikbrand. Die große Vigogne-Spinnerei und Weberei Gebrüder Hoffmann ist Montagvormittag einer verheerenden Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Die gesamte Arbeiterschaft ist brotlos. Der Schaden wird auf rund eine Million Mark geschätzt. — Es ist nur ein Glück, daß die Feuersbrunst nicht während des Kampfes stattgefunden hat, sonst hätten zweifellos die Schanzmacher die Freiheit befehen, sie auf das Skotto der Ausgesperrten zu setzen.

**Hannover.** Auf der Flucht verunglückt. Der Kreisaußwärtsekretär Büniger in Verden brück sollte sich in Begleitung des Landrats Dr. Klausner wegen Unregelmäßigkeiten im Amte und Unterschlagungen dem Gericht stellen. Untermweg flüchtete Büniger und sprang in die Hufe. Der Landrat sprang, um ihn zu retten, hinterher. Während Büniger ertrank, wurde der auch in Lebensgefahr schwebende Landrat durch hinzugekommene Personen gerettet.

**Mannheim.** Arbeiterrisiko. Infolge einer Explosion in der chemischen Walschankst von Kramer wurden 7 Arbeiter durch Brandwunden zum Teil schwer verletzt.

**Hansestadt.** Zur Brandkatastrophe wird noch gemeldet: Auch die Wertpapiere und das Bargeld der Kreditbank sind beim Brande verloren gegangen. Viele

Einwohner hatten nicht versichert. Auch das neue städtische Museum ist niedergebrannt. Mehr als 10000 Menschen sind obdachlos. Gaben laufen aus allen Gegenden ein; alle norwegischen Städte bildeten Hilfskomitees.

**Madrid.** Ein schreckliches Unglück ereignete sich Sonntag Abend in einem hiesigen Zirkus. Die Artistin Minna Mir aus New-York stürzte bei der Ausföhrung des sog. Looping the Loop in der Schleife aus dem Automobil heraus und fiel auf die Bühnenrampe. Sie erlitt einen schweren Schädelbruch und liegt im Sterben. Das Publikum brach in Schreidensrufe aus. Viele Damen wurden ohnmächtig. Das Gericht schritt ein. Die Presse verlangt einstimmig das Verbot des barbarischen Spieles.

**New-York.** 18 Personen ertrunken. An der Küste von Long Island strandete im Nebel der Schooner „Augusta“, wobei 18 Personen ertranken.

**Pittsburg.** Grubenunglück. Durch Explosion wurde der Schacht der Fairview Coal Company bei Cheswick vollständig zerstört. 125 Arbeiter, zumeist Ausländer, wurden verschüttet. Man befürchtet, daß alle getötet sind. — Das Hochwasser ist in den von der Ueberschwemmung bedrohten Teilen Nordamerikas infolge Sinkens der Temperatur im Fallen begriffen. Die Lage hat sich gebessert, die Gefahr ist vorüber.

**Melbourne.** Von einem verheerenden Orkan heimgesucht wurde die Fidji-Insel Bevuia. Viele Menschen sind umgekommen; an Eigentum, namentlich Schiffen, ist ein großer Schaden angerichtet worden. Auch die Insel Suva hat, wenn auch weniger schwer, durch das Unwetter gelitten.

### Briefkasten.

**N. B. 100.** Ein Testament kann auf dreierlei Art errichtet werden. Nämlich: der Erblasser kann entweder seinen letzten Willen dem Richter (Amtsgericht) oder dem Notar mündlich zu Protokoll erklären, oder er kann eine offen oder verschlossen überreichte Schrift mit der mündlichen Erklärung dem Richter oder Notar übergeben, daß die Schrift seinen letzten Willen enthalte, oder endlich kann er ein sog. holographisches Testament errichten, d. h. ein Testament eigenhändig unter Angabe von Ort und Tag schreiben und unterschreiben und das Testament bei sich oder einem Anderen aufbewahren. Ein Testament der letzten Art ist aber nur gültig, wenn es von Anfang bis zu Ende selbst geschrieben und unterschrieben ist, und ferner mit der Angabe von Ort und Tag der Errichtung versehen ist. Auf Stempelbogen braucht es nicht geschrieben zu sein.

### Quittung.

Für die Strimmitzhaner Textilarbeiter gingen ein: W. Groth, Bau Littenbornstraße 31 4.— D. d. Sch. 0,50. Gef. von den Mietern d. Kochschen Werft, 4. Rate 28,50 Mark. Bereits quittiert 7531,17 Mark. Summa 7564,17 Mk.

Expedition des „Ab. Volksh.“

Heute morgen um 9 Uhr entlich nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, anjere gute Mutter und Großmutter Frau Louise Carstens, geb. Grebier, im 66 Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Donnerstag den 28. Januar vom Trauerhause, Kraustraße 38, um 10 Uhr, Aufsamme 9 1/4 Uhr, Trauerfeier 9 Uhr.

**Polal-Verband der Hafenarbeiter Lübeds. Nachruf.** Am Sonnabend abend entlich unser Kollege Jochen Stender im Alter von 52 Jahren. Ihre letzten Stunden! Die Beerdigung findet am Mittwoch den 27. Januar, vorm 10 1/2 Uhr, von der Seidenbahn 22, um 10 1/2 Uhr, von der Seidenbahn 22, um 10 1/2 Uhr, von der Seidenbahn 22, um 10 1/2 Uhr.

Für bewiesene Aufmerksamkeit anlässlich der letzten höchsten jagd herz. Dank. L. Roth u. Frau, geb. Kröger.

Louis in Verh. Kleine Burgstraße 25, 1. Etage. Auf Barmbeck pr. Stöckelsoorf eine Etagenwohnung mit 2 Zimmern, 2 Kammern, Küche und Garderobe und zum Heize von 200.— per Monat oder 1. März zu vermieten. Näheres H. Schwarz, Zimmerstr., Jadenburg.

zwei kräftige Schlosser-Lehrlinge. C. Rittscher, Seidenstraße 31.

Hausierer sucht F. Dahl, Dackstraße 8.

Ein unterhaltenes Jagdwildbrett zu kaufen. D. d. Sch. 18, 18.

Gewante Damen-Masken-Läden. Kaiserstraße 21.

1 Herren-Masken-Läden: Dackstraße 15; 2 Damen-Masken-Läden: 1 Griechin und 1 Bierländerin. Dackstraße 15.

Zweihändige Brillen mit optischer Beratung billig abgegeben. Dackstraße 43, 44.

Sammlungsstellen für den gemeinsamen Jahrsbericht der Lübecker Arbeitervereine, sowie für den mit J. H. gedruckten Mittel und Notizen: Ditto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für die Lübecker „Abend- und Morgenblätter“, sowie für den mit J. H. gedruckten Mittel und Notizen: Johannes Giesing. — Redakteur: Theodor Schwarz. Druck von Friedrich Meyer & Co. — Druckerei in Lübeck.

Sonnabend, 30. Januar beginnt mein grosser **Inventur-Ausverkauf Riesen-Bazar** Breitestrasse 33.

Freiwillige Kranken- und Sterbefälle (E. S. Nr. 6) in Lübed. **General-Versammlung am Mittwoch den 27. Januar 1904** Abends 8 1/2 Uhr im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52. Tages-Ordnung: 1) Abrechnung vom 4. Quartal 1903 und Bericht der Revisoren. 2) Jahresbericht und Jahresabrechnung. 3) Vorstand- und Botenwahl. 4) Wahl der Krankenkontrollen. 5) Bericht des Ausschusses. 6) Bericht vom Sanitäts-Verein und Wahl der Delegierten. 7) Sonstige Kassenangelegenheiten. Mitgliederbücher sind vorzulegen. Der Vorstand.

Die Lübecker **Margarine-Fabrik „Hansa“** J. Schröder & Co. Reichenstraße 7 Telefon Nr. 913

**Musverkauf** vor'm Mählentor bei Rud. Kracht, Koth. Alter 40 von geschickten Schreibern, Arbeiter-Gesellen, Holzer, Joppen, Herren- und Damen-Kleidern, Bekleidungen u. vieles m. — zu niedrigen Preisen. —

Auf Barmbeck pr. Stöckelsoorf ein **neugebautes Wohnhaus** mit Stall und Garten bei geringer Anzahlung sofort zu verkaufen. Näheres H. Schwarz, Zimmerstr., Jadenburg.

**Achtung! Hafenarbeiter (zentral). Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung am Donnerstag den 28. Januar Abends 8 1/2 Uhr** im Vereinhause, Johannisstr. 50/52 Tages-Ordnung: 1. Das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften. Referent: Genosse W. Dammer. 2. Beratung der gestellten Anträge zum Verbandstag Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, zu erscheinen. Der Generalbevollmächtigte. NB. Kontrollkarten müssen vorgezeigt werden.

**Circus Variété.** Nur noch 5 Tage der herrliche 8. Attraktions-Spielplan. Heute Mittwoch den 27. d. Mts: **Grosse Gala-Fest-Vorstellung.** Anfang 8 Uhr.

**Stadttheater.** 7 1/2 Uhr. Mittwoch den 27. Jan. 7 1/2 Uhr. 12.30. Borhell. 18. Mittwochs-Abend. **Die Quitzows.** 7 1/2 Uhr. Donnerstag den 28. Jan. 7 1/2 Uhr. 2. Preuss. Gastspiel. **Fedora.**

## Versammlung der Bürgerschaft.

J. St. Lübeck, den 25. Januar 1904.

Der Vorsitzende Stiller eröffnet die Sitzung um 10,25 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des Ablebens des früheren Senators Behn. Die Bürgerschaftsmitglieder erheben sich von ihren Sitzen.

Sodann verliest der Vorsitzende ein Senatsdekret, nach welchem der Senat beschlossen hat, von dem Projekt der Erbauung einer Schwimmhalle vorläufig Abstand zu nehmen. Begründet wird dieser Schritt damit, daß die Landesversicherungsanstalt erklärt hat, die Baukosten jetzt nicht mehr zu 2/3 Proz., sondern nur zu 3 Proz. hergeben zu können, und daß sie ferner bezüglich der Baderpreise und der Badergebühren Vorschriften mache, an denen das Projekt scheitern müsse. Der Vorsitzende gibt seinem Bedauern hierüber Ausdruck und erklärt, diese Sache auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung setzen zu wollen.

Erlass eines Gesetzes über die Bahneinheiten und eines zweiten Nachtrages zum Lübecker Gerichtsostengesetz vom 12. November 1900.

Legung eines elektrischen Kabels in der Dankwirtsgrube. Diese beiden Punkte werden debattelos genehmigt. Erlass einer neuen Kurlage in Travemünde.

Meinde-Travemünde wünscht, daß bei der Lage eine Mittelstufe gebildet werde und stützt sich hierbei auf eine sämtlichen Bürgerchaftsmitgliedern zugegangene Eingabe des Vereins der Travemünder Gemeindeglieder. Eventuell bittet Redner um eine Kommissionsberatung.

Senator Dr. Fehling bittet um Annahme der Senatsvorläufe. Eine Herabsetzung der Kurlage sei mit Rücksicht auf unsere Finanzlage nicht angängig.

Meinde befreit, daß der Gemeindevorstand sich in die Sache hineingemischt habe. Man habe hier, ohne sich um den Gemeindevorstand zu kümmern, einfach drei Witte zur Begutachtung hinzugezogen. Das sei nicht richtig. Der Gemeindevorstand sei der Vertreter der Travemünder Bevölkerung und müsse deshalb auch gehört werden. Nach dieser Vorlage müsse sogar der Biegeleiarbeiter die Kurlage bezahlen.

Senator Dr. Fehling: Herr Meinde überschätzt seine Stellung als Gemeindevorsteher in Travemünde. Eine Verpflichtung, den Gemeindevorstand zu befragen, besteht nicht. Glücklicherweise wird das Gesetz nicht vom dortigen Gemeindevorstand, sondern vom hiesigen Finanzdepartement gehandhabt.

Dobberstein: Ich bin mit Herrn Senator Dr. Fehling vollständig einverstanden. Redner wünscht Aufklärung darüber, ob für die Dienstboten von Gewerbetreibenden und in Logierhäusern auch die Zahlung der Lage verlangt wird. Ferner erhebt Redner um Auskunft, warum die Ärzte von der Lage befreit sein sollen.

Senator Bertling: Nur die Kurgäste sollen bezahlen. Die Nichterhebung der Lage von den Ärzten ist berechtigt.

Präsident Fehling hat nähere Erkundigungen eingezogen, wer denn der Einberufer jener Travemünder Versammlung gewesen sei. Es sei der Vertreter der Reichspostbehörde gewesen. Dilemme Herr könnte nur der gute Rat erteilt werden, sich um eigene Sachen zu kümmern. Bei dieser Gelegenheit möchte ich an den Herrn Senatskommissar das Ersuchen richten, der Frage der Anstellung eines besoldeten Bürgermeisters in Travemünde näher zu treten. Ein Privatmann kann diesen Posten nicht so vornehmen, wie er soll.

Dr. Ziehl fragt an, wie es mit der Wäscheversorgung stehe. In einem Artikel der „Lübecker Blätter“ sei behauptet, daß dies eine Einnahmequelle für die Baderwörter darstelle. Ich frage den Senat, ob das den Tatsachen entspricht.

Senator Bertling: Auf diese Frage erkläre ich, daß dem Senat hiervon nichts bekannt ist.

Schorer wünscht nähere Auskunft, ob denn das wirklich wahr sei. Hier sei eine genaue Auskunft notwendig.

Senator Dr. Eichenburg: Der ganze Artikel hat nur den Zweck, Travemünde zu diskreditieren.

Mabe: Ich möchte hier eine Sache zur Sprache bringen, die großes Aufsehen erregen wird. Man hat von mir, da ich zeitweise in Travemünde wohne, Einkommensteuer verlangt. Als ich hiergegen opponierte, wurde mir gesagt, warum beschwerten Sie das Grundstück denn nicht? Dann brauchen Sie keine Einkommensteuer zu bezahlen. (Weiterkeit.)

Meinke: Der Postmeister hat die Versammlung als stellvertretender Vorsitzender einberufen müssen. Ich bedaure, daß man hier den Herrn auf diese Weise angreift. Ich habe von Herrn Präsidents Fehling sehr viel zu leiden gehabt. (Weiterkeit.) In seinen weiteren Ausführungen wendet sich Redner scharf gegen Fehling und erklärt, daß man doch keine Sklaven im lächerlichen Staat habe. Er habe sein ganzes Leben lang für Travemünde gewirkt. (Bravo)

Meinke ist für Kommissionsberatung. Eine solche sind wir Herrn Meinke schon schuldig, nachdem er derart angegriffen worden ist. Ich finde es gar nicht so bitter, wenn Herr Mabe in Travemünde zahlen soll. Die reichen Herren sollten kräftig herangezogen werden. Die große Bevölkerung Lübecks hat gar keinen Nutzen von Travemünde, das heute ein Bad nicht für Erholungsbedürftige, sondern für Vergnügungssüchtige geworden ist.

Senator Dr. Eichenburg: Herr Meinke hat gar keinen Anlaß gehabt, persönlich zu werden. (Who!) In der weiteren, sonst nichts neues bietenden, Debatte nimmt

Schorer die Presse in Schutz, diese müsse derartige Sachen kritisieren.

Senator Dr. Fehling wendet sich scharf gegen den Redner. Solche Sachen dürften unter keinen Umständen verallgemeinert werden, wie es hier geschehen sei.

Ein Antrag auf Kommissionsberatung wird mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Es wird nunmehr in die Spezialdiskussion eingetreten.

Nachdem Dr. Vermehren mit neuen Vorschlägen in die Diskussion tritt, beantragt Dr. Benda Kommissionsberatung. Jenne schlägt vor, diese Kurlage vorläufig auf 1 Jahr festzusetzen.

Nach längerer Debatte zieht Dr. Vermehren seine Abänderungsanträge zurück, worauf auch Dr. Benda erklärt, auf seinen Antrag auf Kommissionsberatung zu verzichten.

Ein während der Spezialberatung zum dritten Male gestellter Antrag auf Kommissionsberatung wird wiederum abgelehnt.

Die Senatsvorlage wird nach langer Debatte mit einer geringfügigen Abänderung angenommen.

Landtausch mit den Gebrüdern H. Th. und G. W. Hartwig in der Gemarkung Borwerk.

Dieser Antrag findet debattelose Annahme.

Landtausch mit dem Konsul G. D. Behnde aus Anlaß der Verlegung der Bahnstrecke von Lübeck nach Schwartau.

Nach einer kurzen, die Mangelhaftigkeit der Vorlage rühenden Bemerkung von Gussmann wird auch dieser Antrag angenommen.

Feste Anstellung des Physikus und Erhöhung des Gehalts des Polizeierzrates.

Mähnam: Seit uns diese Vorlage beschäftigt, bin ich für die feste Anstellung des Physikus eingetreten. In anderen Bundesstaaten ist das bereits der Fall. Die Privatpraxis darf er dann nicht ausüben. Man führt bei jeder Gelegenheit das Sparen in's Feld. Auch ich bin für's Sparen; das soll sich aber nicht auf die persönlichen, sondern auf die sächlichen Ausgaben beziehen. Ein tüchtiger Beamter muß auch festangestellt werden. Er muß pensionärsberechtigter sein, damit er nach jahrzehntelanger Tätigkeit für den Staat nicht zu bitten, sondern zu fordern hat. Ich bitte Sie, nehmen Sie den Senatsantrag auf feste Anstellung an und lehnen Sie dann den Antrag der Kommission auf Erhöhung des Gehalts auf 6000 Mk. für den Physikus ab. Jenne: Der Standpunkt des Redners ist uns zur

Genüge bekannt. Für 6000 Mk. Gehalt, das sich durch die dem Physikus zustehenden Nebenbesoldungen auf 8000 Mk. erhöht, erhalten wir einen sehr tüchtigen Beamten, sodaß wir hier also ruhig sparen können.

Schorer: Ich bestreite, daß es möglich ist, die Notwendigkeit der festen Anstellung zu beweisen. Gleich meinem Vorredner bitte ich um Annahme der Kommissionsfassung.

Senator Dr. Schön: Ich danke Herrn Mähnam für seine Worte und kann Sie nur bitten, denselben zu unterstützen.

Mabe: Ich bitte Sie, den Vorschlägen der Kommission zu folgen. Im übrigen beweist dieser Antrag wieder, wie notwendig es ist, in den Senat auch einen Techniker und einen Arzt wählen zu können. Dann übertragen wir bei der Wahl eines Arztes zum Senator diesem die Funktionen eines Syndikus und die Sache ist erledigt. (Große Weiterkeit.)

Mähnam will die Notwendigkeit des Senatsantrages durch die Bestimmungen der Landesordnung für die Ärzte beweisen. Redner beantragt eine Revision des § 10 der Landesordnung.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung des Senatsantrages die Kommissionsfassung angenommen, die feste Anstellung des Physikus ist damit abgelehnt, dagegen ist die Erhöhung des Gehalts des Polizeierzates angenommen. Nur fünf Mitglieder stimmten für den Senatsantrag.

Feste Anstellung des Staats-Tierarztes.

Ziele: Ich beantrage, daß, falls der Staats-Tierarzt fest angestellt wird, ihm die Ausübung der Privatpraxis verboten wird. Das ist notwendig.

Jenne tritt diesem Antrage entgegen. Der Staats-Tierarzt steht uns immer zur Verfügung.

Dr. Baethge: Wenn Sie heute die Festanstellung des Staats-Tierarztes beschließen, dann werden auch andere Beamte dasselbe fordern. Ich bitte um Ablehnung des Antrages auf feste Anstellung.

Senator Dr. Schön bittet um Annahme des Antrages auf feste Anstellung.

Buchwald: Eine unbedingte Notwendigkeit für die feste Anstellung des Staats-Tierarztes liegt nicht vor. Bei einem nicht festangestellten Beamten ist das Schwert der Entlassung leichter zu handhaben. Wir haben Personen gehabt, die wir als Beamte zeitweilig mit durchschleppen mußten, trotzdem sie gar nicht zu gebrauchen waren.

Senator Dr. Schön: Ich muß mich gegen Herrn Buchwald wenden. Die feste Anstellung ist notwendig. Als i. Bt. bei Festanstellung der Schutzleute und Feuerwehrleute meinerseits für Kündigung derselben plädiert wurde, da hieß es aus dem Hause heraus, dann ist das ja gar kein festangestellter Beamter. Und hier wollen sie einen Beamten nicht fest anstellen!

Dobberstein: Wir sollen unsere Beamtschaft nicht unnötig vermehren. Der Pensionsfonds steigt ständig. Sparen Sie hier also auch.

Lauenstein tritt für die feste Anstellung ein.

Mabe: Was dem Vieh recht ist, muß dem Menschen billig sein. Deshalb lehnen Sie den Antrag auf feste Anstellung ab, nachdem sie auch den Physikus nicht fest angestellt haben. Ueber kurz oder lang werden wir zur Pensionierung des Staats-Tierarztes schreiten müssen, — der Mann ist 60 Jahre alt — falls wir ihn fest anstellen. Sollten Sie aber dennoch die Festanstellung beschließen, dann verbieten sie die Ausübung jeglicher Privatpraxis, um jeder Kriecherei vorzubeugen.

Senator Dr. Schön: Lassen Sie sich nicht durch die Aeußerung des Herrn Mabe abschrecken, der Mann sei 60 Jahre alt. Er ist sicherlich 20 Jahre jünger. (Lebhafte Who-Aufe.)

Senator Dr. Eichenburg bittet um Annahme der Senatsvorlage, die sich mit der Kommissionsfassung deckt. Dr. Ziehl ist für die feste Anstellung des Staats-Tierarztes.

Dr. Vermehren schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Es war nach Meinung des Redners verkehrt, die beiden Punkte mit einander zu verknüpfen. Nur dadurch sei die Opposition entstanden. Buchwald: Von einer Einsetzung der vollen Kraft

## Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

37. Fortsetzung.

Das Gespräch war hier abgebrochen, denn Kanten hatte schon geklingelt; die Herren traten ein, und der Baron empfing sie selber mit seinem alten Humor und einem kräftigen Händedruck.

„Nun, meine jungen Herren, schon wieder frisch auf den Füßen? Kanten, Sie habe ich gestern Abend wahrhaftig bewundert!“

„Nicht, lieber Baron? Weshalb mich im besondern?“

„Hat eine Brant,“ lachte von Schaller, „und flattert dabei um alle Blumen herum wie ein frevelhafter Schmetterling — oh, Sie Dudmäuser, Sie!“

„Aber, besser Baron,“ lachte Kanten, der seine alte gute Laune wiedergewonnen hatte, „Sie rechnen mich doch nicht zu jenen langweiligen Petern, die, einmal verlobt, nur einzig und allein ihre Auserwählte den ganzen Abend anstarrten und dabei für alle anderen Menschen ungenießbar sind?“

„Rein, Graf,“ schüttelte von Schaller mit dem Kopfe, „leune Sie besser; war aber famos, wie? Sind noch bis sechs Uhr heute Morgen zusammengeblieben, wie Sie schon fort waren. Die jungen Leute werden mir überhaupt in letzter Zeit viel zu solide und, wenn ich so sagen kann, blasieret — sie tanzen nicht mehr. Drei oder vier davon haben sich den ganzen Abend im Rauchzimmer herumgetrieben, ich hätte sie umbringen können; wenn man sich nicht einen Zug junger Offiziere engagiert, hat man nicht einmal Tänzer genug für die Damen.“

„Und wo sind Ihre Damen?“ sagte Hans.

„Meine Frau,“ lachte Schaller, „ist erst vor einer Stunde aufgestanden und hat die Zeit gebraucht, um Toilette zu machen. Kathinka aber war schon früh bei der Hand,

und wir beide haben indes das ganze Haus in Ordnung gebracht — Toilettekonfusion natürlich — Kathinka wird aber gleich erscheinen. Was jetzt habe ich hier gesehen und die jungen Herren enttäuscht, die heute Morgen kamen, um ihre Visite zu machen. Waren Sie schon bei Klingentruch?“

„Wir kommen eben daher.“

„Der Oberleutnant war abfällig,“ lachte Schaller, „wie ihm die Fußbant unter den Füßen losging — kapitaler alter Durche, aber eine Seele von einem Menschen!“

Hans lachte.

„Und er war ganz unschuldig daran,“ sagte er — „ich brachte das Instrument in Gang.“

„Hahahahaha,“ schrie Schaller hinaus, „das ist kapital. Damit haben Sie wenigstens der Vorlesung ein Ende gemacht!“

„Nehmen Sie mir das nicht übel, lieber Baron,“ sagte jetzt auch Kanten, „aber Ihr Hofrat ist ein wirklich entsetzlicher Mensch, und wenn ich einen Namen für ihn brauchte, so würde ich ihn Gesellschaftstiger nennen.“

„Und paßt ausgezeichnet!“ lachte Schaller. „Wo Sie ihn sehen, hat er eine angeschwollene Brusttafel, immer mit einem Manuskript darin, und die böse Welt sagt, daß er, in Ermangelung eines besseren, morgens seiner alten Haushälterin seine Gedichte vorliest.“

„Aber weshalb haben Sie einen solchen Menschen ein?“

Schaller zuckte die Achseln. „Das ist der Kunstmann, der in unserer Zeit regiert. Wenn sich die Leute nicht bei einem Kunstgenusse langweilen, war es nicht klüftig, nicht anständig. So machen sie's in den Konzerten, wo sie bei langweiligen Sinfonien nur manchmal durch einen rettenden Trompetenschuß aufgeweckt werden und innerlich Gott danken, wenn es vorüber ist, äußerlich aber entgegen und enthusiastisch sind. So machen sie's auch bei Vorlesungen, in denen sie sich zu Tode langweilen, sie aber anhören zu müssen glauben, wenn sie nicht

für ungebildete Menschen gelten wollen. Der Hofrat ist eine wahre Straußente in der Stadt, aber er wird überall eingeladen, und meine Frau hätte sich ihre Veden ausgerauft, wenn er gestern Abend bei uns gefehlt hätte. — Keine Rose ohne Dornen, meine Herren,“ setzte er lachend hinzu, „und Hofrat Märgen wird deshalb überall als Dorn engagiert. Aber da kommen die Damen,“ sagte er, während die jungen Leute von ihren Stühlen emporbrangen — „meine liebe Frau hat ihre Toilette wirklich schon beendet.“

Er hatte Recht. Mit einer unachahmlichen Grazie schwebte Frau von Schaller herein, die langen Veden umflatterten ihre mageren Wangen, im Haar oben trug sie schon Morgens früh einen kleinen Bergföhrenschirm, und jede ihrer Bewegungen war dabei überauswänglich und affektiert.

„Oh, das ist ja sehr liebenswürdig, daß Sie uns so früh, ich möchte sagen mit der Morgendämmerung aufsuchen,“ lächelte sie (es hatte, beiläufig gesagt, schon halb Eins geschlagen, und der Handwerker rechnete es Nachmittag), „mein lieber Graf Kanten, mein lieber Herr von Solberg — aber bitte, behalten Sie Ploß — Sie werden sich nach der gefrigen Anstrengung kaum genügend ausgerüstet haben.“

„Gräßliche Frau,“ sagte Graf Kanten, „ich fühle mich glücklich, Sie so wohl anzutreffen — Sie blühen wie eine Rose.“

„Oh, Sie Schmeichler!“ sagte die alte Schachtel verächtlich, indem sie den Kopf wie ein junges Mädchen von vierzehn Jahren auf die Seite neigte.

„Mein gnädiges Fräulein,“ hatte Hans indessen Kathinka begrüßt, „wir wollten uns persönlich überzeugen, wie Ihnen der gefrige Abend bekommen ist.“

„Sie sind sehr freundlich, Herr Baron,“ lächelte das junge Mädchen — „Sie sehen, vollkommen gut.“

Sie sah ihn mit ihren großen, dunkeln Augen treuherzig an, und wie sie da vor ihm stand, die schlanke, edle Gestalt

des Staatstierarztes für den Staat kann doch gar keine Rede sein, da derselbe Privatpraxis ausüben soll.  
**Dobberstein:** Zur Heilung des Viehes ist doch ein Vieharzt und nicht der Staatstierarzt zu verwenden. Schaffen Sie keine neuen Beamtenstellen.  
**Pape:** Ich muß mich entschieden dagegen verwehren, daß ich mich von persönlichen Motiven gegen den Staatstierarzt habe leiten lassen. Da Sie den Hygikus nicht fest anstellen wollten, dürfen Sie auch den Staatstierarzt nicht fest anstellen. Uebrigens bin ich der Meinung, daß der Staatstierarzt zwischen 55 und 60 Jahre alt ist.  
**Dr. Vermehren:** Es hat mir ferngelegen, Herrn Pape den Vorwurf zu machen, daß bei ihm persönliche Motive maßgebend gewesen sind.  
**Heyd** ist für Anstellung des Staatstierarztes. In Preußen werden diese Beamten hoch besoldet.  
**Jenne:** Zuerst hätte ich geglaubt, daß, wenn man den Hygikus nicht fest anstellt, man auch den Staatstierarzt nicht fest anstellen dürfte. Ich bin aber anderer Meinung geworden.  
**Varenstein:** Der Staatstierarzt hat nicht allein die Quarantäne und den Schlachthof, sondern auch die Viehhäute unter Aufsicht. Ferner hat er in Seuchenfällen sofort einzuschreiten. Deshalb muß er fest angestellt werden.  
**Peters** ist gegen die feste Anstellung, weil der Staatstierarzt über 50 Jahre alt ist.  
Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Senatsantrag auf feste Anstellung wird angenommen, der Eventualantrag Ziele abgelehnt.  
Ohne weitere Debatte genehmigt wurden die beiden folgenden Anträge:  
Erhöhung des von Lübeck an Preußen für die Wahrnehmung der Geschäfte der kgl. Zolldirektionsbehörde zu zahlenden jährlichen Kostenbeitrages von 15 000 Mk. auf 22 000 Mk.  
Umwandlung der Bezirksschule in Borkwerf zum 1. April 1904 in eine vorstädtliche Volksschule.  
Die übrigen Punkte werden zurückgestellt.  
In die Kommission zur Beratung der Verwaltungsrechtsplege wurden delegiert: Dr. Baehde, Buchwald, Dr. Neumann, Pape, Schorer, Dr. Wintern und Dr. Viehl.  
Erstamänner Dr. Leberführer, Hade und Stender.  
Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr.

## Soziales und Parteilieben.

**Streits und Lohnbewegungen.** Der Stand der Aussperrung der Schneider in Weimar ist un- verändert. Die Arbeitgeber geben sich die größte Mühe, Arbeitswillige heranzufinden, was ihnen leider auch schon zum Teil gelungen ist; sie lehnen auch jede Verhandlung mit den Aussperrten ab. Die Aussperrten bitten deshalb die Kollegen allerorts, sie in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen und Bezug nach hier zu vermitteln.

Einem erfreulichen Aufschwung haben die Gewerkschaften Straßburgs im abgelaufenen Jahre gewonnen. Nach dem in der letzten Sitzung des Rates ermittelten Berichte belief sich die Zunahme an neuen Mitgliedern auf rund 1000, das ist eine Vermehrung von 50 Prozent trotz der verlorenen Streiks der Zimmerer und Bauarbeiter. Die „Christlichen“ haben es bis jetzt trotz intensiver Agitation, und trotzdem Anzahl und Beschäftigung haben müssen, auf eine derzeit geringe Mitgliederzahl gebracht, daß sie sich gar nicht getrauen, die Höhe derselben öffentlich bekannt zu geben.

Die Gewerkschaftswahlen in Solmar haben mit dem Siege der organisierten Arbeiter geründet. Sie erzielten etwas über 1000 Stimmen, was einer Wahlbeteiligung von 50 Prozent gleichkommt. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Die „Christlichen“ hatten vor 3 Jahren eine derartige Niederlage erlitten, daß sie eine Wahlbeteiligung diesmal nicht wagten.

**Arbeitszeitverkürzung.** Bei der weltbekannten Maschinenfabrik A. A. Nibinger in Augsburg wird in den meisten Betrieben nurmehr 5 Tage in der Woche gearbeitet. In den Montagen wird gefeiert.

**Arbeitslosenzählung.** Eine in Ludwigshafen vorgenommene Zählung ergab für die Stadt mit der beiden Vororten eine Gesamtzahl 426 voll- gänzlich Arbeits- losen und 133 Leute, die mit verkürzter Zeit arbeiten.

Der schweizerische Gewerkschaftskongress des Gewerkschaftsbundes findet während der Dierstage in Luzern statt.

in einem schlichten Hauskleide, das volle kastenbraune Haar hinter zu einfachen Föpfen zusammen gewunden, mußte sich Hans würdevoll gefügen, lange kein so wahrhaft schönes Mädchen gesehen zu haben. Er hielt auch ihre Hand länger als er eigentlich gefühlt in der seinen, und erst als er fühlte, daß sie los, sich von ihm frei zu machen, ließ er sie erlösen los.

Die kleine Gesellschaft jetzt sich jetzt, Hans nicht ohne einen widerwilligen Blick auf den ihm nächsten Stuhl, und Schaller, als er es bemerkte, lächelte laut auf.

„Nein,“ rief er, „Sie haben nichts zu fürchten, mein lieber Solberg! Dort drüben in der Ecke sitzt der Rache- wärter!“

„Und wenn er mein wäre, hätte ich ihn schon lange in's Feuer geschickt,“ sagte Hans von Schaller; „aber leider sollte verrückte Frau hat der sündliche Mann im Kopf!“

„Das war eine der besten, die ich in meinem ganzen Leben gekannt habe,“ rief Herr von Schaller lautlos, „dann ich gebe Ihnen mein Wort, in die nächste Gesellschaft kommt Bewegung, heute nur der Stuhl seiner Würde beginnt — und hat uns nicht gefehlt, daß die Zukunft er- löst!“

„Da ist wieder etwas möglich,“ sagte seine Mutter; „es war so schön als möglich von dem guten Ober- lehrer.“

Schaller warf einen verächtlichen Blick nach Hans hin- über, verzicht ihn aber nicht, und dieser sah zu dem auf dem Stühle, denn er beobachtete sich schon mit Kathinka in einigen Schritten.

„Geben Sie heute Morgen schon viele Besuche ge- habt?“

„Ich habe da die Karten von verschiedenen Herren; da wir aber so viel zu tun haben, um das Haus wieder in Ordnung zu bringen, hat sie Vater empfangen.“

Wie die Straßenpolizeiverordnung in Krimmit- schan wirkte, selbst ganz Unbeteiligten gegenüber, zeigte sich in dem Falle des Säberei-Arbeiters Jentl. Dieser hat sich ein Vergehen gegen die Straßenpolizei-Verordnung, sowie wegen Widerstandes gegen die Polizei-Organen zu Schulden kommen lassen. Jentl stand vor der Saftschischen Fabrik und erwartete den Arzt, da er ein krankes Kind hatte. Vom Gendarm Juchlich wurde er verwiesen und als er der Aufforderung nicht Folge leistete, pöbelte. Der Arrestierer legte er Widerstand entgegen durch Ein- stemmen mit den Füßen. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angaben des Angeklagten der Wahrheit entsprechen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Ordnung zu zwei Mark, wegen Wider- standes gegen die Beamten zu zehn Mark Geldstrafe.

Das Organ der sozialdemokratischen Partei Anplands, „Istra“, das bisher zweimal monatlich erschien, soll in der nächsten Zeit in ein Wochenblatt umgewandelt werden. — Die Moskauer Buchdrucker geben jetzt ein eigenes Blatt heraus, das sich besonders mit der Lage der Typographenarbeiter beschäftigt. Das ist eins der guten Resultate, die die Moskauer Buchdrucker in ihrem Streik im August vorigen Jahres errangen.

Aus den Organisationen. Eine Kreisversammlung für den Reichstagswahlkreis Schwiebus-Krossen beschloß die Gründung eines ganzen Kreis umfassenden Zentral- vereins. Der Monatsbeitrag wurde auf 20 Pf. festgelegt mit 20 Pf. Eintrittsgeld. Der Verein beginnt seine Tätig- keit am 1. Februar. Der sozialdemokratische Verein in Warmen hat, wie der Jahresbericht mittelt, jetzt 777 Mitglieder gegen 434 am Anfang des Jahres. Die Ein- nahmen betragen 4146 Mk.

Einem Hausjuchung hatte sich dieser Tage ein Ge- nosse in Eisenach zu erfreuen. Grund dazu war ledig- lich der Umstand, daß beim Verbreiten des „Thüringer Landboten“ ein Verbreiter auf die Frage, was der Kalender koste, erklärt hatte: „Nichts! Wenn Sie aber etwas auf diese Art zeichnen wollen, so tun Sie es für die Krimmit- schaner.“ Ein Angestellter machte Anzeige wegen Vornehmen einer öffentlichen Sammlung. Von unterm Genossen wurde nun der Name des Sammlers gefordert. Weil er dies ver- weigerte, wurde die Hausjuchung, die natürlich resultatlos verlief, vorgenommen.

Eine betrübende Nachricht, die aber noch der Be- tätigung bedarf, lassen sich bürgerliche Blätter aus Müll- chen brachten. Danach soll das Befinden des Boll- mars, der sich bekanntlich zu seiner Erholung in Italien befindet, zu der Befürchtung Anlass geben, daß unser Ge- werke nicht mehr auf den Schauplatz seiner Tätigkeit werde zurückkehren können. Die Lähmungen sollen trotz aller ärztlichen Kunst besorgniserregende Fort- schritte machen. — Hossentlich bestätigt sich diese traurige Nachricht trotz der Bestimmtheit, mit der sie auftritt, nicht. Die kräftige Natur Bollmars, die schon so viel schweres körperliches Leiden siegreich gemästert hat, dürfte vielleicht auch diesmal Sieger bleiben.

Wiel Lärm um nichts. Ein Streit zwischen Ge- werkschaften und Arbeitervereinen im Buchdruckereibeschäftigte eine Parteiverammlung in Halle a. S. Nach An- hören beider Teile gelangte mit großer Majorität eine Reso- lution zur Annahme, in der zum Ausdruck gebracht wurde, „daß durch das Vorgehen der Geschäftsleitung weder Partei- gründung noch tarifliche Bestimmungen der Buchdrucker ver- leidet worden sind. Der Streit ist auf persönliche Differenzen zurückzuführen, und die streitenden Teile werden ersucht, künftig solche Zwischenfälle zu unterlassen.“ Die bürgerliche Presse hatte über die Sache entstellte Berichte veröffentlicht und versucht, daraus Kapital gegen die Sozialdemokratie zu schlagen.

Ein kleiner Fehlschlag für die Scharfmacher. Die- jelt von den Herren Scharfmachern in allen denkbaren Ge- wesen in geistlicher Aussperrungen diesen bekanntlich samt und sonders dem Zweck, die Organisation der Arbeiter zu zerstören oder, wie die Herren sich auszudrücken pflegen, „der Sozialdemokratie eine Niederlage zu bereiten“. Daß durch jeden verlorenen Streik oder eine von den Unter- nehmer siegreich durchgeführte Aussperrung die Sozialdemo- kratie gewinnt, indem die Arbeiter von der Gewerkschafts- bewegung auf die politische Betätigung verwiesen werden, haben wir schon wiederholt nachgewiesen. Aber auch das Bestehen der Herren, die gewerkschaftliche Organi- sation zu vernichten, wird durch die vor ihnen in Szene ge-

„Wir begegneten gerade dem Doktor Potter, als wir das Haus betraten,“ sagte Hans, und sein Blick beobachtete dabei scharf die Hüfte des jungen Mädchens; aber Kathinka blieb so ruhig als vorher.

„Es ist möglich,“ sagte sie, „ich habe noch niemanden gesehen — die Herren sollten bedenken, daß man nach einem solchen Wirrwarr, wie eine berattene Gesellschaft doch stets bemerkt, immer einiger Zeit bedarf, um alles wieder an seinen Platz zu bringen.“

„Wir sind deshalb auch zu Ihnen zuhause gekommen,“ sagte Hans, der sich jetzt erst davon überzeugt fühlte, daß ein in ihm ansitzendes leiser Verdacht vollkommen unbegründet sei. Für Kathinka war Doktor Potter ein gleichgültiger Mensch.

„Es war recht freundlich von Ihnen,“ sagte das junge Mädchen lächelnd; „aber weshalb verließen Sie uns gestern so früh?“

„Hans war es allerdings,“ lachte Hans, „denn es ging gegen Morgen; aber mein Vater kann das späte Aufstehen nicht vertragen, und Fräulein sahste sich auch etwas ange- griffen.“

„Sie hat viel getarnt.“

„Sie alter Fehler — aber ich hoffe, daß wir das Bekannte in nächster Zeit in unserem Hause nachholen sollen. Vater sprach heute Morgen davon, und da das Mutter wieder so recht winterlich geworden ist, so können wir uns auch immer ein wenig in den Winter hinein- trümmern.“

„Es war, als ob Kathinka etwas davon erwidern wollte — aber sie schwieg, und da Graf Ranten jetzt das Mädchen zum Kuffen gab — denn solche Besuche dürfen nicht zu lange ausgehalten werden —, so ergriff sich auch Hans.“

(Fortsetzung folgt)

lichten Aussperrungen nicht erreicht. In Kassel wurden bekanntlich im vergangenen Sommer sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt. Man verlangte von ihnen, sie sollten auf die streikenden Tischler einen Einfluß dahin ausüben, daß diese die Arbeit wieder aufnehmen sollten. Also an Stelle der in südlichen Ländern so beliebten Generalfestivals eine General- aussperrung. Von den an der Aussperrung beteiligten Ge- werkschaften liegt uns jetzt die Abrechnung der Zimmerer vor. Die Aussperrung kostete den Zimmerern rund 20 000 Mark. Aber das Charakteristischste der Abrechnung ist wohl, daß die Mitgliederzahl des Verbandes in Kassel sich am Jahres- schluß vor der Aussperrung belief auf 121, am Jahres- schluß nach der Aussperrung betrug sie 235, also bei- nahe das Doppelte. — So hat die brutale Aus- sperrungstaktik der Unternehmer die Arbeiterchaft zusammen- geschmettert.

Die erste sozialistische Versammlung in Ägypten. Am Montag den 11. Januar hielt der italienische Genosse, Deputierter Dino Rondani, vor zahlreichem Publikum den ersten sozialistischen Vortrag, der jemals in Ägypten gehalten worden ist. Er sprach von der sozialen Entwid- lung des letzten Jahrhunderts, unterbrochen von lebhaftem Beifall und immer mehr die Aufmerksamkeit der Zuhörer- schaft fesselnd. Am Schluß erntete er nicht erdenklichen Beifall. — Der Sozialismus erobert die Welt!

## Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer in Oldenburg verurteilte die Ehe- frau Treptow aus Bant wegen Majestätsbeleidigung in 2 Fällen zu 2 Monaten Gefängnis. Eine Nachbarin, mit der sie in Streit geraten war, hatte sie benutzert. Die Verhand- lung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. — Wegen Majestätsbeleidigung ist am 17. September v. J. vom Land- gerichte Dissa i. B. der Pacater August Wiedemann in Berlin zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er erzählte in einer Wirtshaus, daß er sozialdemo- kratische Flugblätter verteilt habe, und ließ dann eine unbe- dachte Ausrufung über Wilhelm II. fallen. Seine Revision wurde Freitag vom Reichsgericht verworfen.

Übermals Soldatenfänger. Der Gefreite und Kapitulant Kahle von dem in Ostrowo garnisonierenden 7. Westpreussischen Infanterie Regiment Nr 155 wurde vom Kriegsgericht der 10. Division wegen Mißhandlung von Rekruten in über hundert Fällen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. — Vor dem Kriegsgericht in Augsburg stand der Fähnrich Wilhelm Ostertag beim 20. Infanterie-Regiment, ein Wankersohn aus München, der am 25. November in der Kaserne zu Lindau einem Soldaten mit den Worten: „Du mußt Arbeit haben“ wiederholt die Anpöse abschnitt. Der geplagte Soldat sagte in lehenlichem Tone: „Wenn mir der Herr Fähnrich die Kröpfe immer wieder wegschneidet, dann werd' ich nie fertig.“ „Was sagst Du da,“ brüllte nun der 19jährige Fähnrich den Soldaten an, „Du Tropf. Du elender“ und versetzte ihm sechs heftige Schläge ins Gesicht, daß es anshawoll. Der rohe Wengel wurde zu der lächer- lichen Strafe von 21 Tagen gelinden Arrestes verurteilt!

Ausfassenburg. Risiko der Arbeit. Ein Rangierer fiel nachts von einem Zuge herab und geriet so unglücklich unter die Räder, daß der Tod alsbald ein- trat.

Politik in Kriegervereinen. In Feyer bei Trier wurden zwei Maurer aus dem Kriegerverein ausgeschlossen, weil sie bei der Gewerkschaftswahl für die Kandidaten der freien Gewerkschaften gestimmt hatten. Nächstens wird wohl jeder aus jenen Vereinen ausgeschlossen werden, der sich überhaupt noch an einer Wahl, außer der Vorstandswahl, beteiligt.

Ein Erziehungs-Problem besonderer Art hat man neuerdings erst zu würdigen angefangen, nämlich die Erziehung psychopathischer Kinder. Es sind dies die rez- daren, flatterhaften, nervösen oder in anderer Weise un- normalen Kinder, die häufiger sind, als man dies ahnt, und die nur unter besonders günstigen Umständen in Familie oder Schule zu ihrem Rechte kommen. Eben so wie für Blinde, Taubstumme und andere, bedarf man auch für diese psychopathisch minderwertigen Kinder zu einer wirklich guten Erziehung besonderer Anstalten. Für Schullinder besteht man deren bereits mehrere, in Jena, Dresden, Nordhausen, Würz- burg u. a. Eine ganz eigenartige ähnliche Anstalt ist das Heilerziehungsheim in Berlin-Regendörf, welches für junge Mädchen in nachschulpflichtigem Alter bestimmt ist. Nicht selten nämlich treten bei jungen Mädchen, bei denen man in ihrer Kindheit nichts Auffälliges bemerkt hat, im Zusammen- hang mit der körperlichen Entwicklung Störungen auf, die ein solches Mädchen für die Familie schwer ertragbar machen. Wenn hier nicht in der geeigneten Weise eingegriffen wird, drohen die größten Gefahren für das ganze Leben. Hier müssen spezialistisch ausgebildete Lehrkräfte im engsten Verein mit einem Spezialarzt zusammenwirken. Die Regendörfer Anstalt, der der vor kurzem verstorben, zu ihrem Kuratorium gehörige Professor Jolly ein ganz besonderes Interesse ent- gegenbrachte, hat in den 4 Jahren ihres Bestehens teilweise ganz überraschende Erfolge gehabt, und es ist deshalb nur zu wünschen, daß die Erfahrungen, die man hier macht, bald auch den Heilungshäusern und ähnlichen Anstalten zu gute kommen, in denen sich zweifellos nicht wenige solcher psychopathen befinden. Bei dem Jenaer pädagogischen Fort- kurs, der für den August v. J. wieder angezählt wird, wird dieser Heilerziehung ein besonderes, eingehendes Studium gewidmet.

Eine echt italienische Eiferjuchstragödie spielte sich nach dem „Berl. Tagbl.“ am Sonnabend in Avezana ab. Die junge Frau des Gymnasiallehrers Favaroni hatte sich von ihrem Schwager lassen lassen. Der Gatte machte ihr deshalb Vorwürfe, worauf die gekränkte Frau sich ohne weiteres eine Kugel in die Brust schob. Von Güssen und Wunden gepackt, ergriff nun auch der Professor die Waffe und jagte sich eine Kugel in das Gehirn. Das Ehepaar hinter- läßt ein erst drei Monate altes Kind.

In der Wildnis angekommen. Der Forscher Hubbard von dem amerikanischen Sportblatte „Outing“ fand am 18. Oktober in der Wildnis Labradors infolge von Entschörungen. Die Leiche wird, der „Frankf. Zig.“ zufolge, auf Handgeschiffen nach Quebec gebracht.